



# Forderungen der Gewerkschaftsjugenden zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2021



Forderungen der Gewerkschaftsjugend zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021

# Forderungen der Gewerkschaftsjugenden zur Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2021

Wir, Die Gewerkschaftsjugenden in Sachsen-Anhalt, unter dem Dach der DGB-Jugend, blicken auf die kommende Landtagswahl und fordern klare Zukunftsperspektiven für junge Menschen in Schule, Ausbildung, Studium und Beschäftigung. Wir wollen in einem vielfältigen, zukunftsfähigen und vor allem demokratischen Land leben, in dem wir gute Bildung, gute Arbeit und gute Versorgung erhalten.

Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, unsere Forderungen aufzunehmen, um die Weichen für eine gute Zukunft junger Menschen in diesem Land zu stellen.

## Öffentliche Daseinsvorsorge als Teil des Sozialstaates!

**Wir fordern die Stärkung der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge und eine Rückbesinnung auf eine öffentlich gesicherte Gesundheitsversorgung, einen starken und flächendeckenden ÖPNV, eine vielfältige Jugendarbeit, Schulen und Universitäten in eigener Hand, mit guten und verlässlichen Arbeitsbedingungen für alle und ein Ende massiver Befristungen im öffentlichen Dienst wie auch bei Trägern, die öffentliche Gelder erhalten!**

**Wir fordern auch, die wesentlichen Einrichtungen und Angebote der Daseinsvorsorge, wie Krankenhäuser und Pflegeheime zu kommunalisieren.** Das Land Sachsen-Anhalt muss dabei Kommunen unterstützen, dies qualitativ hochwertig und finanziell umsetzen zu können. Die Beschäftigten kommen somit wieder unter das schützende Dach öffentlicher Tarifverträge und Land wie Kommunen können nachhaltig über Qualität der Einrichtungen wachen.

Grundbedürfnisse der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie Gesundheit, Mobilität, Bildung und Wohnen wurden und werden, nicht nur in Sachsen-Anhalt, zunehmend neoliberalen Bestrebungen geopfert und die Menschen letztendlich nur noch als zahlende Kund\*innen und Dienstleistungsnehmer\*innen betrachtet. Damit muss in diesen wichtigen Bereichen Schluss sein. Wenn Unternehmen meinen, es lasse sich kein Geld damit verdienen, bspw. vernünftigen und bezahlbaren Wohnraum oder eine grundlegende Krankenversorgung sowohl in den Städten als auch auf dem Land anzubieten, dann müssen Kommunen, Land oder Bund diese Lücken füllen. Zumal hier eine Logik zu Tage tritt, die aus unserer Sicht, nicht mit dem Prinzip der Sozialstaatlichkeit vereinbar ist.

**Klatschen allein reicht nicht, wir fordern steuerfreie Bonuszahlungen für Beschäftigte im Pflege und Gesundheitssektor.** Die Corona-Krise hat in vielen Bereichen gezeigt, welche Berufsgruppen den Laden am Laufen halten.

## **Klare Kante gegen Rechts!**

**Wir fordern: Keine Regierungsbildung mit der AfD!** Eine Regierungsbildung mit der AfD, einer menschenfeindlichen, dem Sozialstaat teilweise feindlich gegenüberstehenden und die Demokratie in weiten Teilen ablehnenden Partei, die von Bürgerkriegen und politischen Morden träumt, darf keine Option sein! Wir fordern alle Parteien auf, sich vor der Landtagswahl entsprechend klar zu positionieren.

Um Kapazitäten & Kompetenzen im Vorgehen gegen rechtsextreme Straftaten zu bündeln: Fordern wir die Einrichtung einer **Schwerpunktstaatsanwaltschaft Rechtsextremismus**. Gegen den rasant steigenden Hass & die daraus resultierende Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Religion, politischen Einstellungen etc. muss ein starkes Zeichen gesetzt werden. Nie wieder Faschismus!

**Rechtsextreme raus aus den Behörden:** Die letzten Jahre haben weitreichende Verbindungen von rechten Gruppen in die Behörden, auch in Sachsen-Anhalt, offengelegt, welche vom rechten Preppernetzwerk, über rechte Burschenschaften bis zu eindeutigen Bezügen zu pro-nationalsozialistischen Organisationen reichen. Wir fordern eine nachhaltige Aufarbeitung und Entfernung entsprechender Personenkreise aus öffentlichen Institutionen. **Wir fordern eine umfassende Untersuchung und Offenlegung rechter Strukturen in allen Landes- und Kommunalbehörden durch eine unabhängige und neu einzurichtende Behörde .**

## **Bildung, Ausbildung und Studium besser machen!**

**Wir fordern die Ausbildungsgarantie für Sachsen-Anhalt!** Jeder ausbildungsinteressierte junge Mensch muss einen regulären Ausbildungsplatz erhalten können. Sollten Förderbedarfe bestehen, sind diese im Rahmen der Ausbildung durch zusätzliche Angebote auszugleichen. Die aktuellen Angebote der assistierten Angebote können eine Brücke zur Ausbildungsgarantie bauen, mittelfristig sind die Angebote des Übergangssektors zu überprüfen und zurückzufahren. Wenn im Rahmen von Qualifizierungsmaßnahmen, wie der Einstiegsqualifizierung, Praktikumsvergütungen gezahlt werden, sind diese auf das Niveau der Mindestausbildungsvergütung anzuheben. Generell müssen reguläre Ausbildungsplätze bei der Vermittlung die oberste Priorität haben, Angebote wie die Einstiegsqualifizierung sind nachrangig einzusetzen.

**Das Landesmodellprogramm für die Fachkräfteoffensive zur bezahlten, praxisintegrierten Erzieher\*innenausbildung** muss ausgeweitet und verstetigt werden. Die Vergütung der Erzieher\*innen in Ausbildung muss verbindlich am Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes angedockt werden, mindestens jedoch auf dem Niveau der Mindestausbildungsvergütung aus dem Berufsbildungsgesetz liegen.

**Wir fordern einen Berufsschulpakt für Sachsen-Anhalt,** der Investitionen des Landes für Berufsschulstandorte, eine ausgeweitete Personalzuweisung und vorbildliche Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr beinhaltet. Berufsschulen müssen modern ausgestattet und in gutem baulichen Zustand sein. Die Standorte müssen bestmöglich in die Lage versetzt werden, die Anforderungen aus den beschulten Ausbildungsberufen auch im theoretischen Teil der Ausbildung nachvollziehen zu können. Der

Digitalisierung muss dabei mit einer Weiterbildungs- und Infrastrukturoffensive für junge Menschen und Fachkräfte begegnet werden.

Wir fordern die künftige Landesregierung und die demokratischen Parteien dazu auf, sich für **eine branchenübergreifende umlagefinanzierte Ausbildung einzusetzen**, um ausreichend Ausbildungsplätze auf hohem Niveau zur Verfügung zu stellen.

**Feste Personalschlüssel und multiprofessionelles Arbeiten für alle Erziehungs-, Freizeit- und Bildungseinrichtungen.** Die Lebenssituation von jungen Menschen sind vielfältig und bedürfen des Einsatzes von Sozialarbeiter\*innen, Lehrkräften und weiteren Professionen, um Ihre Entwicklung in Kita, Schule, Berufsschule und Ausbildung, wie auch in Universitäten und Hochschulen bestmöglich zu unterstützen. Es sind feste und qualitativ auskömmliche Personalschlüssel, unter anderem im Landeschulgesetz, dem Hochschulgesetz, dem Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz Sachsen-Anhalt und weiteren notwendigen Gesetzen zu verankern.

**Mobbing und Diskriminierung in Schulen stoppen.** Wir fordern eine stärkere und verbindliche Weiterbildung von Fachkräften (u.a. Lehrer\*innen, Schulsozialarbeiter\*innen)

**Wir fordern ein modernes Bildungsfreistellungsgesetz**, welches einen verbindlichen Anspruch für Beschäftigte zur Freistellung für und die Anerkennung von Bildungsveranstaltungen aus den Themenbereichen politische, soziale und kulturelle Bildung ermöglicht.

**Schluss mit der Kostenerstattung!** Junge Menschen, die in ihrer Ausbildung eine Vergütung erhalten, müssen regelmäßig große Teile davon an Kommunen zahlen, wenn Sie in Pflegefamilien oder Kinder- und Jugendheimen untergebracht sind und waren. Diese Praxis ist demotivierend und sorgt für eine mangelnde Zukunftsperspektive bei diesen jungen Menschen. Wir fordern, dass alle Landkreise diese, zwar rechtlich abgesicherte, aber unnötig harten Maßnahmen einstellen. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, sich für die Abschaffung dieser Kostenerstattungen einzusetzen.

**Wir fordern, die Schuldenbremse dauerhaft für Bildungsinvestitionen und Strukturausgaben im Bildungsbereich abzuschaffen.** Wer Schulden für die Kapitalausstattung von Landesbanken aufnimmt, kann auch in die Zukunft junger Menschen und gute Arbeitsbedingungen von Fachkräften investieren.

## **Jugendförderung rauf!**

**10 Millionen für die Jugend(verbands)arbeit! Wir fordern ein massives Investitions- und Strukturpaket für die Förderung von Jugendverbänden, Jugendbildung und Jugendarbeit.** Seit Jahren sind die Förderungen für Jugend(verbands)arbeit rückläufig oder stagnieren. Die Arbeitsbedingungen sind prekär und die Zukunftsaussichten düster. Es braucht eine nachhaltige Aufwertung der Arbeitsbedingungen der Fachkräfte und eine Erhöhung der Reichweite der Angebote der Jugendarbeit und der Jugendverbände in den Kommunen, Landkreisen und auf Landesebene. Die Ausstattung der Jugend(verbands)arbeit mit moderner und handlungsfähiger digitaler Infrastruktur muss dadurch ebenso ermöglicht werden.

## **Gute Arbeit aus öffentlicher Hand**

**Wir fordern: öffentliche Investitions- und Subventionspolitik muss sozial- und umweltverträgliche Förder- und Vergabestandards haben.** Wir fordern ein modernes Vergabegesetz, welches einen Tarifvorrang und einen vergabespezifischen Mindestlohn enthält und sich am Leitbild „Gute Arbeit“ des DGB ausrichtet. Ebenso sollen perspektivisch Gesichtspunkte der Umweltverträglichkeit der jeweiligen Unternehmen auch leitend für die Vergabe öffentlicher Gelder sein. Aufgrund der kleinteiligen und mitbestimmungsfeindlichen KMU-Struktur der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt, müssen öffentliche Auftraggeber auch auf dem Vergabe Weg die Ausweitung von Tarifverträgen und tariflichen Löhnen unterstützen.

## **Anerkennung und Respekt für Beschäftigte im öffentlichen Dienst/ Diskriminierungsschutz und Transparenz für die Bürger**

**Die Beschäftigte\*n und Beamt\*innen im öffentlichen Dienst brauchen nachhaltige Anerkennung.** Wir fordern eine deutliche Verbesserung der tariflichen Bezahlung und ein entsprechendes Entgegenkommen der öffentlichen Arbeitgeber in den kommenden Tarifrunden. Beschäftigte im öffentlichen Dienst brauchen Respekt, die kommende Landesregierung muss umfassend für mehr Anerkennung sorgen. Die Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst hat zugenommen, wir fordern hier ein nachhaltiges Gegensteuern.

**Wir fordern eine bessere Personalausstattung im öffentlichen Sektor,** damit das Land und die Landkreise auch in der Lage sind, die Aufgaben der Daseinsvorsorge umzusetzen.

**Wir fordern die Einrichtung einer Beschwerdestelle für Bürger\*innen und eine unabhängige Untersuchungsbehörde,** um Diskriminierungen, missbräuchlicher Gewalt und insbesondere Rassismus, die von einzelnen Beschäftigten/ Beamt\*innen in Sicherheitsbehörden und anderen öffentlichen Diensten ausgehen können, unabhängig und fair untersuchen und ahnden zu können. Eine Orientierung am Landesantidiskriminierungsgesetz des Landes Berlins wäre dabei zu begrüßen.

## **Nachhaltige Mobilität für Sachsen-Anhalt**

**Ein bedarfsgerechter Öffentlicher Personennahverkehr inklusive Schienenverkehr (SPNV) mit attraktiver Taktung ist zu gewährleisten,** hierzu sollen Busverbindungen am SPNV ausgerichtet werden. Dabei sollten Städte ab 5000 Einwohnern mindestens im Stundentakt miteinander verbunden sein. Bei ergänzendem Verkehr (z.B. Anrufbus) dürfen nur Unternehmen beauftragt werden, die einen einschlägigen Tarifvertrag anwenden.

**Das Land muss integrierte Mobilitätskonzepte fördern.** Hierfür sind zusätzliche Landesmittel einzuplanen. Dies betrifft auch den Ausbildungsverkehr, hier gilt es die Fahrzeit so niedrig wie möglich zu halten.

**Die Regionalisierungsmittel sind zu 100 % für den Schienenpersonennahverkehr zu nutzen.** Darüber hinaus setzt sich das Land für die Erhöhung der Regionalisierungsmittel ein.

**Im Sinne der Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen muss das Land deutlich mehr in die Eisenbahninfrastruktur investieren.** Ein klimagerechter Individualverkehr erfordert den flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität und Wasserstofftankmöglichkeiten, um zukunftsweisende Mobilitätskonzepte zu erstellen. Unter Nutzung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes ist die Elektrifizierung des Schienennetzes voranzutreiben und ggf. marode Bahnhöfe zu sanieren.

**Das Land soll Modellprojekte für den Co<sub>2</sub>-armen Kurzstreckengüterverkehr ins Leben rufen** und die Voraussetzungen, durch Anbindung von Gewerbegebieten an das Schienennetz, dafür schaffen.

**Der öffentliche Nahverkehr muss attraktiver werden.** Hierzu müssen die Preise deutlich gesenkt werden und ein Ticket für das Land Sachsen-Anhalt darf höchstens 2 Euro pro Tag

Das Azubi-Ticket kommt, ist aber zu teuer für die Auszubildenden. **Wir fordern weiterhin ein kostenloses Azubi-Ticket für ganz Sachsen-Anhalt**, gültig 365 Tage im Jahr - 24h am Tag!, denn junge Menschen in Ausbildung müssen weiterhin Wohnort, Betrieb und Berufsschule regelmäßig und gut erreichen und als Bonus auch in der Freizeit mobil sein können.

**An den Bahnhöfen sind kostenlose Parkmöglichkeiten zu schaffen**, um das Pendeln mit dem ÖPNV/SPNV so attraktiv wie möglich zu gestalten.

## **Nicht lang schnacken, Energiewende und Strukturwandel machen.**

**Die Gewerkschaften müssen auf allen Ebenen verbindlich an der Verteilung der Gelder aus dem Strukturstärkungsgesetz des Bundes für das Mitteldeutsche Kohlerevier beteiligt werden.** Der beschlossene, längst überfällige Kohleausstieg betrifft Sachsen-Anhalt entscheidend. Die Gestaltung des Strukturwandels im mitteldeutschen Revier muss aber sozial gerecht und umweltverträglich umgesetzt werden. Eine Einbindung aller Akteure ist daher entscheidend.

**Transformationsprozesse in Verwaltung, Forschung, Lehre, Wirtschaft und Industrie müssen gemeinsam mit Gewerkschaften entwickelt werden**, um die Beschäftigten auf den Wegen in die Zukunft mitzunehmen. **Die Einbindung regionaler sozialer Bewegungen in Sachsen-Anhalt in die Gestaltung der anstehenden Transformationsprozesse auf Augenhöhe muss gewährleistet sein.**

Der Wasserstoffstandort Sachsen-Anhalt muss ausgebaut werden. Neben einem guten, öffentlichen Nahverkehr mit modernen Busflotten mit Wasserstoffantrieben, müssen auch nachhaltigere Alternativen für den Individualverkehr geschaffen werden. Wasserstoff ist dabei ein zukunftsfähiger Energieträger wie auch ein zukunftsfähiges Speichermedium für erneuerbare Energien. Sachsen-Anhalt hat die Chance hier Vorreiter zu werden, durch Investitionen in Unternehmen, Infrastruktur (landesweite Wasserstofftankinfrastruktur) und Energiespeichertechnik. Wir fordern die zügige Nutzung vorhandener Möglichkeiten, insbesondere in der Gestaltung des Strukturwandels im Mitteldeutschen Revier.

## Mitbestimmung jetzt!

Wir fordern **die zügige Herabsetzung des Wahlalters für junge Menschen zur Zulassung zu Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt auf 16 Jahre**. Junge Menschen sind mit 16 Jahren bereits in der Ausbildung arbeitstätig und dürfen bei der Wahl ihrer politischen Vertreter\*innen nicht mitgestalten, das kann ja wohl nicht sein!

Junge Menschen sind, an den Sie betreffenden Entscheidungen, zu beteiligen. **Wir fordern eine Intensivierung der Beteiligung von jungen Menschen an Prozessen der Landesregierung und die Institutionalisierung des Projektes „Jugend Macht Zukunft“** des Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e.V., welches hier modellhaft Best-Practice Beispiele organisiert hat.

## Antifaschismus feiern, am 8. Mai!

**Wir fordern, dass der 8. Mai in Sachsen-Anhalt zum regulären, gesetzlichen Feiertag wird, denn dieser Anlass ist wirklich zu feiern.** Am 8. Mai 1945 wurde durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht das Ende des 2. Weltkrieges eingeläutet, das menschenverachtende Regime des Nationalsozialismus beendet und die Welt vom Hitler-Faschismus befreit. Aufgrund der nie dagewesenen und umfassenden Gräueltaten der Nazis, markiert dieser Tag eine historische Wende, die uns zum Gedenken aufruft und die es auch zu feiern gilt. Wir finden, wer eine antifaschistische Landesverfassung hat, muss auch den 8. Mai zum Feiertag machen!

## 100 Jahre sind genug – Kirchenstaatsverträge reformieren

Das Land Sachsen-Anhalt stellt Religionsgemeinschaften über Staatsverträge weitreichende Gelder ohne Zweckbindung zur Verfügung. **Wir fordern, dass diese nicht zweckgebundenen Zuschüsse für evangelische und katholische Religionsgemeinschaften eingestellt werden und die Staatsverträge unter Beteiligung der Kirchen reformiert werden.** Es kann nicht sein, dass jedes Jahr viele Millionen Euro aus Steuereinnahmen auf Basis von Rechtsverträgen von vor 1919 an die Kirchen ausgezahlt werden und das auch noch mit jährlichen Steigerungen. Die Gelder müssen dann in die Finanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge fließen.